

Für den Erhalt einer leistungs- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg

Volksinitiative

Der Landtag wird aufgefordert, sich mit dem Programm zum weitreichenden Abbau der Polizei und deren Umstrukturierung, wie es im Gesetz zur Polizeistrukturereform „Polizei 2020“ gesetzgeberischen Niederschlag findet, zu befassen. Der Landtag möge seinen politischen Einfluss dahingehend geltend machen, Entscheidungen in Umsetzung dieses Programms anhand der bestehenden Sicherheitslage und deren künftiger Entwicklung sowie unter Berücksichtigung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Einbezogen darin ist die Frage der Erhaltung gegenwärtiger Polizeistandorte, insbesondere der Polizeiwachen als Ausgangspunkt für die Polizeibediensteten (Wach- und Wechseldienst, Revierpolizei sowie Kriminalpolizei) für ihre Aufgabenerfüllung als auch als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, sowie das Fortbestehen einer vierten Einsatzhundertschaft der Landeseinsatzeinheit (LESE) sowie des Landeskriminalamtes (LKA) als selbständige Dienststelle.

Begründung:

Die Landesregierung treibt gegenwärtig ein Gesetz zur Polizeistrukturereform „Die Polizei 2020“ voran. Dessen Regelungen sehen den Wegfall der Polizeipräsidien, des LKA und der LESE unter Einordnung in ein Polizeipräsidium vor. Verbunden damit sind Planungen, nach denen bis zu 35 Polizeiwachen im Land geschlossen und eine Einsatzhundertschaft abgeschafft werden soll.

Das Programm zur Polizeireform und das o.g. Gesetz selbst als auch die Planungen zur Umsetzung bringen begründet und verbreitet die Sorge hervor, dass eine leistungs- und handlungsfähige Polizei und ihre wahrnehmbare Präsenz verloren gehen. Dies würde dem Gesetzesauftrag für die Polizei widersprechen, die öffentliche Sicherheit in allen Regionen zu gewährleisten, allen Formen der Kriminalität wirksam zu begegnen und die Verkehrssicherheit auf öffentlichen Land- und Wasserstraßen zu gewährleisten. Zudem birgt die Auflösung des LKA als zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei neben erheblichen rechtlichen Bedenken die Befürchtung in sich, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land Brandenburg sowie zu anderen Ländern nicht mehr im notwendigen Maße gesichert wird.

Brandenburg ist ein Land mit einer besonderen kriminalgeografischen Lage, einem hohen Verkehrsunfallaufkommen sowie umfänglichen Wasserstraßen und Seengebieten. Die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger haben einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf umfassende Gewährleistung der Inneren Sicherheit. U.a. erfordert dies Polizeistrukturen, die kurze zumutbare Wege der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Polizei sowie kurze Wege der Polizei zu den Einsatzorten gewährleisten, eine für die weiter ansteigenden Belastungen bereite und ausgestattete LESE und eine eigenständige Organisationseinheit LKA für die effiziente Bearbeitung besonderer Deliktbereiche.

lfd. Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Wohnort, Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Nr.)	Unterschrift	Datum
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
7.						
8.						
9.						
10.						

Hinweise zur Unterschriftsleistung:

Unleserliche oder unvollständige Eintragungen sind ungültig. Dieses gilt ferner für Eintragungen, die einen Vorbehalt enthalten oder nicht rechtzeitig erfolgt sind. Alle Eintragungen sind persönlich vorzunehmen. Die Unterzeichner der Volksinitiative müssen das achtzehnte Lebensjahr vollendet und ihren ständigen Wohnsitz in Brandenburg haben. Auch Bürger der Europäischen Union (EU) und Staatsangehörige eines Staates, der nicht Mitglied der EU ist, können sich an Volksinitiativen beteiligen, wenn sie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis bzw. Aufenthaltsgenehmigung sind und die vorstehend genannten Voraussetzungen erfüllen.

Initiatoren der Volksinitiative sind:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Brandenburg

Bund Brandenburger Staatsanwälte e.V.

Deutsche Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Brandenburg

Friedhelm Boginski, Bürgermeister der Stadt Eberswalde

Ralf Lehmann, Bürgermeister der Stadt Bad Freienwalde

Michaela Schreiber, Bürgermeisterin der Stadt Zossen

Vertreter der Initiative und deren Stellvertreter sind:

Vertreter der Initiative		Stellvertreter der Initiative	
Andreas	Schuster	Petra	Schäuble
Ralf	Roggenbuck	Claudia	Grimm
Friedhelm	Boginski	Ralf	Lehmann
Dirk	Huthmann	Raimo	Ermler
Jörg	Pohl	Jens	Dreßler

Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte sofort zurücksenden an: